



ASIEN/KAMBODSCHA - Infolge der Geburtenkontrollpolitik steigt die Aidsrate

Phnom Penh (Fidesdienst) – Hauptursache der steigenden Aidsrate in Kambodscha ist nach Ansicht der Organisation „Human Life International“ eine aggressive Politik der Geburtenkontrolle.

Wie die Organisation berichtet, haben in Kambodscha die größten internationalen Hilfswerke Niederlassungen, die im Bereich der Geburtenkontrolle tätig sind, darunter „Engender Health“, USAID (United States Agency for International Development) und das Programm RACHA (Reproductive and Child Health Alliance). In den vergangenen 20 Jahren investierte der kambodschanische Staat mit finanzieller Unterstützung dieser Organisationen rund 600 Millionen Dollar in Programme zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums und der Empfängnisverhütung.

Ergebnis dieser Politik sei, dass kambodschanische Frauen weniger Kinder bekommen (von durchschnittlich 6 sank die Zahl auf 3) aber auch, dass die Verbreitung von Aids ansteigt: seit 1991 der erste Fall registriert wurde starben in den 15 darauf folgenden Jahren 94.000 Menschen und die Zahl der Infizierten stieg in einem unverhältnismäßigen Umfang bis auf 160.000 bei einer Gesamtbevölkerung von 13 Millionen an. Damit gehört Kambodscha zu den am meisten betroffenen Ländern in Südostasien.

„Diese Programme sollten, nach Aussage der Befürworter zur Bekämpfung von Aids beitragen“, heißt es in dem Bericht von „Human Life International“, der dem Fidesdienst vorliegt. Paradox ist hingegen, dass gerade die Verbreitung von Mitteln zur Empfängnisverhütung und Präservativen die Verbreitung von Aids nicht gestoppt, sondern „diese begünstigt hat, indem eine Kultur der Vermarktung der Sexualität entstanden ist.“

Die katholische Kirche und viele christliche Nichtregierungsorganisationen und Ordensgemeinschaften, versuchen diesem Ansatz entgegenzuwirken und veranstalten Seminare für junge Paare, bei denen unter den neuen Generationen eine Kultur der Achtung des Lebens und der Person und ein verantwortlicher Umgang mit dem eigenen Körper und der Sexualität gefördert werden soll. (PA) (Fidesdienst, 22/02/2011)